

„Verbotsdebatte greift zu kurz“

Konrad-Adenauer-Stiftung legt Studie zu Rechtsextremismus vor

Eine eigene wissenschaftliche Studie zu den „Aktuellen Entwicklungen im deutschen Rechtsextremismus“ stellte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin vor. Autor ist der wissenschaftliche Mitarbeiter an der Professur politische Systeme, politische Institutionen der TU Chemnitz, Dr. Steffen Kailitz.

Im Mittelpunkt stehen neue Entwicklungen des in DVU, NPD und „Republikanern“ parteipolitisch organisierten sowie des nicht parteipolitisch organisierten gewaltbereiten Rechtsextremismus der neonationalsozialistischen Gruppierungen und der Skinhead-Szene. Es wird dabei u.a. auf neue Aktionsformen der Rechtsextremisten, vor allem durch die Nutzung des Internets, eingegangen.

NPD-Verbotsdebatte wird aufgegriffen

Dr. Stephan Eisel, Leiter der KAS-Hauptabteilung Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft, wies bei der Vorstellung der Studie darauf hin, dass die aktuelle Verbotsdebatte um die NPD in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu kurz greife: „Auch im Falle des Erfolges beseitigt ein NPD-Verbot das Problem nicht und zugleich gilt es dem Eindruck entgegenzuwirken, DVU und Republikaner seien in ihren politischen Zielsetzungen nicht ebenfalls extremistisch.“

Die Studie von Steffen Kailitz beschreibt die unterschiedlichen politischen Strategien von NPD, DVU und REP und charakterisiert die NPD als militanteste der rechtsextremistischen Parteien. Sie mache im Unterschied zu REP und DVU aus ihrer aggressiv antidemokratischen Haltung keinen Hehl. Während insbesondere die REP auf ein seriöses Erscheinungsbild bedacht seien, paktiere die NPD mit dem neonationalsozialistischen Spektrum. Quasi im extremistischen Mittelfeld zwischen NPD und REP sei die DVU angesiedelt. Stehen für DVU und REP der Kampf um Parlamentssitze im Mittelpunkt ihrer Anstrengungen, so führe die NPD derzeit vorrangig einen „Kampf um die Straße“. Dabei rücke die Betonung sozialer Probleme zunehmend in den Vordergrund. Bei der NPD reiche der „Antikapitalismus“ bis hin zur Wiederbelebung des Nationalbolschewismus. Auch in den neo-

nationalsozialistischen „autonomen“ Kameradschaften werden zunehmend „antikapitalistische“ Parolen intoniert.

In drei Landtagen – in Brandenburg, Bremen und Sachsen-Anhalt – ist die DVU derzeit vertreten, die REP dagegen nur in Baden-Württemberg, die NPD in keinem. Aus der Vertretung in Parlamenten gelingt es der DVU allerdings aufgrund der Unfähigkeit und Zerstrittenheit ihrer Parlamentarier kaum, politisches Kapital zu schlagen.

Die Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung weist darauf hin, dass im Vergleich zur Weimarer Republik die Stärke extremistischer Parteien heute weit geringer ist. Auch gegenüber den romanischen Demokratien Italien und Frankreich blieb der Stimmanteil extremistischer Parteien relativ klein. Nur in den Parteiensystemen der angelsächsischen Demokratien USA und Großbritannien spielen extremistische Parteien wegen des Mehrheitswahlrechts eine noch geringere Rolle.

Autor Dr. Steffen Kailitz: „Mit Blick auf rechtsextremistische Gewalttäter gilt es zu beachten, dass diese nur einen relativ kleinen Personenkreis umfassen und aufgrund mangelnden Rückhalts in der Bevölkerung kaum eine Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat insgesamt darstellen. Allerdings bedrohen sie Leib und Leben von Minderheiten, vor allem von Ausländern und deutschen Staatsbürgern ausländischer Abstammung. Die politische Gefährdung der Demokratie durch Rechtsextremisten ist also weit weniger dramatisch als die Bedrohung von Bürgern durch den brutalen Einsatz von Gewalt durch Rechtsextremisten. Der demokratische Verfassungsstaat ist den potentiellen Opfergruppen ein Höchstmaß an Schutz schuldig.“

Verbindungen zwischen dem parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus und rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten existieren im Umfeld der NPD. Sowohl zu neonationalsozialistischen Gruppen als auch zu – gewaltbereiten – rechtsextremistischen Skinheads hegt die Partei Verbindungen. Offen traten verurteilte Rechtsterroristen wie Friedhelm Busse und Manfred Roeder (dieser sogar als NPD-Kandidat bei den Bundestagswahlen 1998) bei Parteiveranstaltungen auf. Die Absage der NPD an Gewalt als Mittel zur

Durchsetzung ihres politischen Ziels der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ erscheint mithin als nur taktisch motiviert.

Im Blick auf grundlegende Unterschiede zwischen der Verbreitung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland plädiert Kailitz für eine differenzierte Betrachtung: „Von den vier rechtsextremistischen parlamentarischen Bastionen liegen zwei im Westen (Baden-Württemberg und Bremen) und zwei im Osten (Sachsen-Anhalt und Brandenburg). Während unter den Mitgliedern der REP, aber auch der DVU Ostdeutsche im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil weit unterrepräsentiert sind, kommen überproportional viele NPD-Mitglieder, Neonationalsozialisten und rechtsextremistische Skinheads aus den neuen Bundesländern. Mehr als die Hälfte der rechtsextremistischen „Boneheads“ wie der Neonationalsozialisten stammt aus den neuen Bundesländern. Es handelt sich dabei nicht um ein erst durch die Vereinigung aus dem Westen importiertes Problem. Neonationalsozialistische Gruppierungen und Skinhead-Cliquen existierten bereits in der DDR. Im Oktober 1988 hatte das Ministerium für Staatssicherheit 1067 Skinheads im Visier. Die Situation sollte jedoch nicht dramatisiert werden. Auch in Ostdeutschland finden neonationalsozialistische Parolen nur die Sympathien einer kleinen Minderheit.“

KAS verstärkt Anstrengungen bei Extremismusbekämpfung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung will ihre Anstrengungen zur Bekämpfung von Extremismus insbesondere im Bereich der Politischen Bildung weiter verstärken und kündigte an, die Analyse des Rechts- und Linksextremismus bleibe Schwerpunkt ihrer Forschungsarbeit. Unlängst hatte die Stiftung eine Studie zur Entwicklung der PDS vorgelegt.

Die Studie *Aktuelle Entwicklungen im deutschen Rechtsextremismus* (Reihe Zukunftsforum Politik Nr. 17) kann kostenlos bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, Publikationsreferat, Rathausallee 12, 53757 St. Augustin, Fax 02241-246-479, angefordert werden.

Weitere Informationen unter www.kas.de.